

Übersicht

über die von den Planungs- und Verkehrsausschüssen Bonn/Rhein-Sieg-Kreis und dem Ausschuss für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises in ihrer 5. Gemeinsamen Sitzung in Siegburg am 23.11.2012 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	--	--
2	Niederschrift über die 4. Gemeinschaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse am 20.04.2012	anerkannt	--
3	Regionales Wohnkonzept Vortrag Herr Reiner Daams, Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW	Kenntnisnahme	--
4	Bahnlärm Impuls-Statement Herr Gerd Kirchhoff, Bürgerinitiative „BIN gegen Bahnlärm“, Vortrag Herr Bernhard Koch, DB Netz AG	Kenntnisnahme	--
5	Mitteilungen und Anfragen	--	--
	Nichtöffentlicher Teil		
6	Mitteilungen und Anfragen	--	--

Niederschrift

über die in der 5. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis und des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises am 23.11.2012 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Sitzungsende: 17:15 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 09.11.2012
Einladungsnachtrag vom: --

Anwesende Mitglieder (Rhein-Sieg-Kreis, Planungs- und Verkehrsausschuss):

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Rolf Bausch	(auch Mitglied des AWS)
Herr Norbert Chauvistré	in Vertretung für Abg. Mersch
Herr Emil Eyermann	in Vertretung für Abg. Zähren, bis 16.10 Uhr
Herr Marcus Kitz	bis 16.10 Uhr
Herr Oliver Krauß	bis 17.10 Uhr
Herr Helmut Weber	

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht	(auch Mitglied des AWS)
Herr Jürgen Kusserow	(auch Mitglied des AWS), bis 17.05 Uhr
Herr Dietmar Tendler	bis 16.15 Uhr

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Herr Martin Metz	(auch Mitglied des AWS)
Herr Ingo Steiner	(auch stellvertr. Mitglied des AWS)

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Bernd Treutler

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Guido Koch	bis 16.30 Uhr
Herr Frederic Tewes	

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Ulrich Knab	in Vertretung für Abg. Krupp
Herr Dirk Schlömer	

Sachkundige/r Bürger/innen GRÜNE

Herr Wilhelm Windhuis	in Vertretung für Abg. Anschütz
-----------------------	---------------------------------

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Klaus Reker

Schriftführerin

Frau Ursula Hillebrand

5. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis und des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises am 23.11.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Entschuldigt fehlten:

Frau Abg. Anschütz, DIE GRÜNEN
 Frau Abg. Krupp, SPD
 Herr Abg. Dr. Kuhlmann, FDP
 Frau Abg. Mersch, CDU
 Herr Abg. Nöthen, FUW/BfM
 Herr Abg. Salgert, CDU
 Herr Abg. Zähren, CDU

Anwesende Mitglieder (Rhein-Sieg-Kreis) Ausschuss für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Rolf Bausch (auch Mitglied des PVA)
 Frau Silke Josten-Schneider bis 16.41 Uhr
 Herr Ludwig Neuber
 Herr Leo Overath in Vertretung für Abg. Becker-Steinhauer
 Herr Josef Schäferhoff bis 16.50 Uhr

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht (auch Mitglied des PVA)
 Herr Jürgen Kusserow (auch Mitglied des PVA), bis 17.05 Uhr
 Herr Gerhard Diekmann
 Herr Udo Scharnhorst
 Herr Achim Tüttenberg (Vorsitzender)

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Herr Martin Metz (auch Mitglied des PVA)
 Frau Claudia Owczarczak-Borowski bis 16.05 Uhr
 Herr Ingo Steiner (auch Mitglied des PVA),
 in Vertretung für Abg. Balansky

Sachkundige/r Bürger/-innen CDU

Herr Oliver Baron in Vertretung für Abg. Döhl, bis 16.41 Uhr
 Herr Guido Kötter

Entschuldigt fehlten:

Frau Abg. Balansky, DIE GRÜNEN
 Frau Abg. Becker-Steinhauer, CDU
 Herr Abg. Burger, FDP
 Herr Abg. Döhl, CDU
 Herr SkB Klein, FUW/BfM
 Herr Abg. Dr. Kuhlmann, FDP
 Herr SkB Nettekoven, CDU
 Herr SkB Schenkelberg, CDU

5. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis und des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises am 23.11.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Anwesende Mitglieder (Bundesstadt Bonn)

CDU

Herr AM Krämer als Stellvertreter für Herrn Stv. Reischl
Herr Stv. Limbach
Frau Stv. Krämer-Breuer
Herr Stv. Maiwaldt
Herr Bzv. Ziesmer
Herr AM Wendlberger

SPD

Herr Stv. Esser (Stellv. Vorsitzender)
Herr Stv. Kox als Stellvertreter für Frau Stv. Esch

GRÜNE

Herr Stv. Lohmeyer
Frau AM Brodhäcker

FDP

Herr AM Kivelip

Bürger Bund Bonn (BBB)

Herr AM Decker

DIE LINKE

Herr AM Schmidt

Schriftführerin

Frau Ueding (Amt 61)

Vertreter/-innen der Verwaltung (Rhein-Sieg-Kreis)

Planungsdezernent Jaeger
Referatsleiter Wirtschaftsförderung Dr. Tengler
KBOR'in Strüwe
KAR Lülldorf
KA Grischke (Schriftführerin AWS)
Dipl.-Geogr. Dr. Berbuir

Vertreter/-innen der Verwaltung (Bundesstadt Bonn)

Herr Stadtbaurat Wingefeld, Dez. VI
Herr AL Isselmann, Amt 61
Frau Wagner, Amt 61
Herr Haux, Amt 61

5. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis und des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises am 23.11.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Gäste:

Reiner Daams, Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes NRW, Referatsleiter Staatsaufsicht NRW.BANK,
Bereich Wohnraumförderung

Gerd Kirchhoff, 1. Vorsitzender der Bürgerinitiative „BIN gegen Bahnlärm“

Bernhard Koch, DB Netz AG, Leiter Fachstelle Umweltschutz

Maik Sickmann, DB AG, Mitarbeiter des Konzernbevollmächtigten NRW

5. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis und des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises am 23.11.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

1	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
---	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner (Rhein-Sieg-Kreis) eröffnete die 5. Gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse der Bundesstadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises sowie des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises und stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung fest. Er begrüßte die Mitglieder, die Kollegen aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis, die Referenten und die Vertreter der Verwaltungen und der Presse.

Änderungswünsche zur Tagesordnung bzw. zur Beratungsfolge gab es nicht.

Der stellvertretende Vorsitzende, Stv. Esser (Stadt Bonn) betonte, mit dem Thema „Wohnen“ stehe heute ein sehr wichtiger Beratungspunkt auf der Tagesordnung, zu dem es unterschiedliche Zuständigkeiten in der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis gebe. Insofern freue er sich, dass heute drei Ausschüsse gemeinsam tagen. Dies setze ein positives Zeichen, auch für die Menschen in der Region, die unabhängig vom Wohnort und von Zuständigkeiten Lösungen zur Wohnungsmarktsituation erwarten.

2	Niederschrift über die 4. Gemeinschaftssitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse am 20.04.2012	
---	---	--

Es gab keine Einwendungen. Die Niederschrift wird anerkannt.

3	Regionales Wohnkonzept Vortrag Herr Reiner Daams, Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW	
---	---	--

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Reiner Daams vom Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und bat ihn, mit seinem Referat zur Wohnungsmarktentwicklung in NRW um eine grundsätzliche Einführung in das Thema.

Herr Daams stellte die Methodik und die Ergebnisse des empirica-Gutachtens „Entwicklung der quantitativen und qualitativen Neubaunachfrage auf den Wohnungsmärkten in NRW bis 2030“, bezogen auf die Wohnungsmarktregion Bonn/Rhein-Sieg vor und gab anschließend Anregungen für die regionale Wohnungsmarktpolitik.

Seine Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Abg. Bausch (Planungs- und Verkehrsausschuss Rhein-Sieg-Kreis) dankte Herrn Daams. Es sei deutlich geworden, dass der Wohnraumbedarf in erster Linie in den Städten bestehe. Nach seinen Beobachtungen sei es so, dass insbesondere die Stadt Bonn und die entlang der Rheinschiene liegenden Städte eine hohe Nachfrage zu verzeichnen haben. Im östlichen Rhein-Sieg-Kreis stelle sich die Situation ganz anders dar. Er erkundigte sich, ob Herr Daams etwas zu der heterogenen Struktur des Rhein-Sieg-Kreises sagen könne.

Stv. Limbach (Planungsausschuss Stadt Bonn) wies darauf hin, dass eine stark

5. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis und des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises am 23.11.2012

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

wachsende Region, wie die unsere, sowohl hohe Infrastrukturkosten zu tragen habe, als auch die Probleme bei der Bereitstellung des entsprechenden Wohnraumbedarfs lösen müsse. Er fragte nach, inwieweit aus der Sicht des Ministeriums die Möglichkeit bestehe, bei der Ausweisung von Wohnraum-/ und Erweiterungsflächen (z.B. bei der Frage nach den Ausgleichsflächen) zwischen Stadt und Kreis zu kooperieren.

Der stellvertr. Vorsitzende, Stv. Esser (Planungsausschuss Stadt Bonn), äußerte, Herr Daams habe noch einmal deutlich gemacht, dass wir eine Wachstumsregion sind. Das biete einerseits erhebliche Chancen, die die Region auch nutzen sollte. Andererseits bedeute Wachstum aber auch, dass entsprechende Baulandflächen zur Verfügung gestellt werden müssen. Diesbezüglich arbeite man im regionalen Arbeitskreis :rak gut zusammen. Dennoch frage er sich, inwieweit auf Landesebene von Kommunen gemeinsam auszuweisende „Interkommunale Wohnbauflächen“ gefördert werden könnten. Gleichzeitig interessiere ihn, ob eine landesseitige Förderung einer regionalen Baulandbevorratungspolitik möglich sei und zwar bevorzugt in der Nähe von günstigen ÖPNV-Anbindungen.

Herr Daams bestätigte, dies sei keine homogene Region. Allerdings könne man nicht - bezogen auf das Gutachten - aus einer regionalen Nachfrage die Zahlen bis auf Gemeindeebene zurückrechnen. Das Gutachten gehe grundsätzlich davon aus, dass die Menschen bei der Wohnungssuche nicht auf ihre Kommune festgelegt sind. Wo die Nachfrage entstehe und wo möglicher Weise Wohnungsüberhänge bestehen, hänge von vielen Faktoren ab, u.a. auch von der Entfernung zur nächst größeren Stadt bzw. zum Stadtzentrum. In den Siegerland nahen Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises könne auch heute schon beobachtet werden, dass die Preise nicht steigen bzw. tendenziell eher sinken. In bestimmten Lagen bestehen sogar Probleme, 60er- und 70er-Jahre-Häuser überhaupt zu verkaufen. Nach Möglichkeit wolle keiner 30 oder 40 km bis zum Arbeitsplatz bzw. zum Stadtzentrum fahren. Deswegen sei natürlich auch der Druck auf die Stadt Bonn und die Bonn nahen Städte und Gemeinden besonders hoch. Bezogen auf die Frage nach der regionalen Zusammenarbeit stellte er klar, dass im Rahmen der Wohnraumförderung - anders als in allen anderen Regionen von NRW - das regionale Budget insgesamt, ohne bestimmte Vorgaben für den Geschosswohnungsbau zur Verfügung gestellt werde. Mehr könne zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit von Seiten des Landes nicht getan werden. Im Hinblick auf die Bauleitplanung und die Ausweisung von „Interkommunalen Wohngebieten“ müsse man sich sicherlich an die Bezirksregierung wenden. Zum Thema Wohnbauflächen/Bahnanschluss erläuterte er, bis 2005 habe eine Verpflichtung bestanden, Wohnungsbauförderung nur an Standorten mit direktem Bahnanschluss zu gewähren. Nach 10jähriger Verpflichtung sei diese Vorschrift aufgehoben worden, weil die Kommunen inzwischen selber erkannt haben, dass die Ausweisung von Wohnbauflächen ohne Erschließung des ÖPNV keinen Sinn mache. Insofern sehe das Land auch keine zwingende Notwendigkeit, eine solche Vorschrift wieder einzuführen.

SkB Kivelip (Planungsausschuss Stadt Bonn) wies darauf hin, in der Stadt Bonn beobachte man seit Jahren die relativ geringe Wohnbautätigkeit. Parallel breche auch noch die Wohnraumförderung zusammen. Insofern wäre es sehr wichtig zu wissen, in welcher Weise das Land die Förderung für 2013 überarbeiten wolle, damit wieder mehr Investoren gewonnen werden und mehr privates Kapital in den sozialen Wohnungsbau gelenkt werde. Natürlich werde mit steigenden Zinsen am Kapitalmarkt auch die Attraktivität der Wohnungsbauförderung wieder ansteigen. Für potentielle Investoren sei es aber jetzt wichtig, zu wissen, mit welchen Konditionen sie für 2013 rechnen müssen.

Abg. Tüttenberg (Ausschuss für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises) erkundigte sich, welcher Impulse es bedarf, um durch eine gezielte Förderung Wohnraum für Menschen mit geringerem Einkommen auch in die Innenstädte zu bringen und die sog. „Filet-Grundstücke“ nicht ausschließlich für hochqualitatives und hochpreisiges Wohnen reserviert werden. Darüber hinaus machte er darauf aufmerksam, dass im östlichen Kreisgebiet immer weniger Wohnraum nachgefragt werde. In Windeck gebe es bereits jetzt 65 leerstehende Einfamilienhäuser. Er frage sich, welchen Sinn es vor diesem Hintergrund mache, überhaupt noch soziale Eigenheimförderung zu betreiben. Gedacht sei dies in erster Linie als Altersvorsorge. Wenn aber die Häuser im Alter nicht mehr veräußerbar seien, dann entfalle auch der eigentliche Zweck der Altersvorsorge. Abschließend wollte er wissen, welche Möglichkeiten bestehen, altersgerechtes „Service-Wohnen“ in den Innenstädten zu platzieren.

Stadtbaurat Wingenfeld (Stadt Bonn) interessierte, ob seitens der Landesregierung daran gedacht sei, die Bewilligungsmieten im öffentlich geförderten Wohnungsbau, bezogen auf die Mietpreisniveaus der unterschiedlichen Landesteile, anzupassen. Dies habe im Rhein-Main-Gebiet den öffentlichen Wohnungsbau wesentlich erleichtert. Er bat Herrn Daams, sich auch dafür einzusetzen, dass Grundstücke der öffentlichen Hand, die für andere öffentliche Zwecke nicht mehr benötigt werden, vorrangig den Gemeinden für soziale Wohnungsbauvorhaben zur Verfügung gestellt werden und zwar zu vertretbaren Konditionen.

Herr Daams bat um Verständnis, dass er zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts über die Förderbedingungen 2013 sagen könne, da das Verfahren (Verbändeanhörung etc.) noch nicht abgeschlossen sei. Klar sei, dass die niedrigen Mieteinnahmen über Subventionen ausgeglichen werden müssen. Die Frage nach der Rentabilität im geförderten Wohnungsbau entscheide sich im Wesentlichen über folgende „Stellschrauben“:

1. Höhe des Förderzinses gegenüber dem Kapitalmarktzins
2. Höhe der Bewilligungsmiete
Diese sei auch heute schon regional differenziert, weil mit der Subvention nur die Differenz zwischen der Marktmiete und der Bewilligungsmiete ausgeglichen werde. Ob das Land 2013 eine Anpassung vornehme, richte sich ebenfalls nach der Abwägung unterschiedlicher Kriterien.
3. Länge der Bindungsfrist
Diese könne je nach Region unterschiedliche Effekte auf die Rentabilität haben.

Zur Bitte von Herrn Wingenfeld, die „Soziale Bodennutzung“ auch im BLB (Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW) durchzusetzen, äußerte Herr Daams, dies werde diskutiert, sei aber noch nicht entschieden. Auch innerhalb der Landesregierung gebe es unterschiedliche Interessen. Das Finanzministerium habe andere Vorstellungen von der Nutzung von Grundstücken, als ein Ministerium, das sich im Wesentlichen mit wohnungspolitischen Fragen auseinandersetze. Wenn die öffentliche Hand Grundstücke zur Bebauung für Wohnzwecke verkaufe, dann sollte das nach seiner Auffassung nur mit der Auflage geschehen, 20-30 % der Fläche für den sozialen Wohnungsbau zu berücksichtigen. Das sei natürlich auch ein Aktionsfeld, wo die Kommune aktiv werden könne. Ziel sei letztendlich das Erreichen von sozial durchmischten Quartieren.

Bezogen auf das von Herrn Abg. Tüttenberg angesprochene Problem bei der Eigenheimförderung, stellte er klar, Eigenheimförderung könne ein wichtiges Instrument

5. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis und des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises am 23.11.2012

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

der sozialen Wohnungsbaupolitik sein, wenn sie im Sinne einer zukunftsfähigen Quartiersentwicklung eingesetzt werde. Er sei nicht dafür, die Eigenheimförderung ganz einzustellen, aber sie müsse zu sozial stabilisierten Quartieren führen. Die Landesregierung werde die Wohnungsbauförderung dementsprechend umorientieren. Für das Thema „Service-Wohnen“ bzw. altersgerechte Quartiersentwicklung sei das Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration zuständig. Notwendig sei an dieser Stelle eine enge Kooperation zwischen Wohnungsbauunternehmen und den Sozialverbänden (Beispiel: Bielefelder Modell).

Der stellvertr. Vorsitzende, Stv. Esser (Planungsausschuss Stadt Bonn) kam noch einmal darauf zurück, dass es zurzeit nur wenige Investoren im sozialen Wohnungsbau gebe und deshalb wahrscheinlich nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel abgerufen würden. Er fragte nach, ob die Landesregierung diese Mittel nicht den Kommunen selber zur Verfügung stellen könne, um Bauland zu kaufen und soziale Entwicklungsmaßnahmen durchzuführen.

Herr Daams entgegnete, im Bereich der Wohnraumförderung gebe es nur Darlehen und keine Zuschüsse. Insofern seien die Mittel für kommunale Entwicklungsmaßnahmen nicht geeignet. Aber die Mittel, die jetzt nicht in Anspruch genommen werden, bleiben als Förderpotential innerhalb der NRW.BANK erhalten.

Abschließend wünschte er weiterhin viel Erfolg bei den Debatten über die Wohnungspolitik und betonte nochmals, die Wertschätzung des Landesministeriums für die Zusammenarbeit im Regionalen Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler sei sehr groß.

4	Bahnlärm Impuls-Statement Herr Gerd Kirchhoff, Bürgerinitiative „BIN gegen Bahnlärm“, Vortrag Herr Bernhard Koch, DB Netz AG	
---	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner (Rhein-Sieg-Kreis), begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kirchhoff von der Bürgerinitiative „BIN gegen Bahnlärm“ sowie die Vertreter der DB Netz AG, Herrn Koch und Herrn Sickmann.

Zur Einführung bat er Herrn Kirchhoff um sein Impuls-Statement.

Die Präsentation ist als **Anlage 2** der Niederschrift beigelegt.

Abg. Neuber (Ausschuss für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises) dankte für den sachlichen Vortrag. Während der Bahnlärm in früheren Zeiten gar nicht so wahr genommen worden sei, rücke dieses Thema jetzt immer mehr in den Vordergrund. Er sei die Rheinstrecke bis Rüdeshcim abgefahren, habe an unterschiedlichen Streckenabschnitten Station gemacht und dabei festgestellt, dass der Lärm der vorbeifahrenden Züge tatsächlich unerträglich sei. Er wünsche sich, dass sich der Rhein-Sieg-Kreis und die Stadt Bonn genauso solidarisch mit der betroffenen Bevölkerung erklären. Die Politiker sollten sich dieses Themas annehmen und die Initiative nachhaltig unterstützen.

Abg. Metz (Planungs- und Verkehrsausschuss Rhein-Sieg-Kreis) bestätigte, Lärm mache krank und zwar unabhängig davon, ob es sich um Flug-, Auto- oder Bahnlärm handle. In einer Gesellschaft, die - gewollt - immer mobiler werde, müsse gleichzeitig darauf geachtet werden, dass dies nicht immer mehr Nachteile mit sich bringe. Das Wesentliche im Bereich Lärm und Verkehr sei, dass es im Prinzip nur bei Neu-

bauten zu positiven Änderungen komme, weil hier inzwischen sehr hohe Standards angelegt werden. Anders sei dies bei dem Versuch Lärminderungsmaßnahmen am Bestand durchzusetzen. Beim Ausbau eines Fahrstreifens mit Standstreifen bestehe z.B. ein Anspruch auf Lärmschutz, die Freigabe eines Standstreifens rechtfertige dagegen noch lange keine Lärmschutzmaßnahmen. Nach neuen Erkenntnissen in der Lärmwirkungsforschung sei Lärm während des Schlafens auch dann gesundheitsbeeinträchtigend, wenn man nicht aufwache, weil es eine Störung des Schlafs sei, Stresshormone ausgeschüttet werden usw. Insofern müsse Lärmschutz am Bestand zu einer zentralen Forderung erhoben werden. Alle Ausschuss-Mitglieder seien auch Mitglieder von Parteien, die im Bundes- und Landtag vertreten seien. Deshalb könne man auch mit dazu beitragen, dass es hier zu einem Umdenken komme.

Abg. Krauß (Planungs- und Verkehrsausschuss Rhein-Sieg-Kreis) dankte Herrn Kirchhoff für die sachliche Sensibilisierung zu diesem Thema. Klar sei aber auch, dass die Einflussmöglichkeiten dieses Gremiums begrenzt sind. Hier gehe es in 1. Linie um europäische Güterverkehrskorridore. Die Europäische Union habe das Rheintal als bevorzugten Korridor festgelegt, wodurch folgende Schwierigkeiten entstehen:

- a) höhere Lärmfrequenzen
- b) höhere Auslastung
- c) größere Schwierigkeiten bei der Bewältigung des Personenverkehrs

Ein Tempolimit sei nach seiner Auffassung unrealistisch. Maßnahmen zur Lärminderung sollten eher am Wagenmaterial ansetzen. Hierfür brauche man europäische Vorgaben.

Der stellvertr. Vorsitzende, Stv. Esser (Planungsausschuss Stadt Bonn) machte noch einmal deutlich, aus seiner Sicht seien zur Lärminderung im Wesentlichen drei Dinge erforderlich:

- Europaweite, möglichst schnelle Umrüstung der Bremsen
- Errichtung von Schallschutzwänden
- Sofortige Planung von Neubau- und Ersatzstrecken

Alle seien aufgefordert, sich hierfür einzusetzen, in erster Linie natürlich Land und Bund.

SkB Schlömer (Planungs- und Verkehrsausschuss Rhein-Sieg-Kreis) wies auf eine vom Umweltbundesamt im Jahre 2010 veröffentlichte Studie zum „Schienennetz 2025/2030“ hin. Darin gehe es um eine Ausbaukonzeption für einen leistungsfähigen Schienengüterverkehr in Deutschland. Klar sei, bis 2025/2030 werde es eine Steigerung des Schienengüterverkehrs geben. Die Prognose gehe von einer Steigerung von 70 % bei allen Verkehrsträgern aus. Für die Bahn sehe die Studie die Notwendigkeit einer Kapazitätssteigerung von 100 %. Das bedeute natürlich auch mehr Lärmaufkommen. Dennoch warne er davor, den Güterverkehr wieder mehr auf die Straße verlagern zu wollen. Zur Bewältigung des zukünftigen Güterverkehrs werde man alle Verkehrssysteme brauchen. Insofern sei auch ein Ausbau der Eisenbahninfrastruktur erforderlich - insbesondere auf der Nord-Süd-Verbindung, um den Weitertransport der auf dem Seeweg ankommenden Güter sicherzustellen. Die Siegstrecke sei als Alternativstrecke nicht geeignet, weil sie zum Teil eingleisige Streckenabschnitte und ebenso entsprechende Tunnelanlagen beinhalte. Darüber hinaus sei die Steigung auf dieser Strecke zu groß, um eine normale Tonnenauslastung erreichen zu können. Ein Tempolimit sowie ein Nachtfahrverbot für Güterzüge mit Grauguss-Bremsen halte er ebenfalls nicht für eine realistische Lösung des Lärmproblems. Dies führe nur zu einer noch größeren Verstopfung der Strecken. Die Züge auf 1500

5. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis und des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung des Rhein-Sieg-Kreises am 23.11.2012		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

m zu verlängern, sei auch nicht sinnvoll, da dann auch gleichzeitig die Blockabstände auf allen Güterbahnhöfen geändert werden müssten.

Herr Kirchhoff wies abschließend darauf hin, die von Herrn SkB Schlömer erwähnte Studie habe er auch in seiner Präsentation genannt (s. Anlage 2, S. 33). Die Idee der Zugverlängerung sei in einem Konsenspapier der Transportunternehmen und der DB AG enthalten.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner (Rhein-Sieg-Kreis), dankte Herrn Kirchhoff für sein Impuls-Statement und gab anschließend Herrn Koch von der DB Netz AG die Möglichkeit, die wichtigsten von der Bahn bereits umgesetzten und noch geplanten Lärm-minderungsmaßnahmen zu erläutern.

Die Präsentation sowie ein Artikel über ein Gespräch mit der Lärmschutzbeauftragten der Deutschen Bahn („DB macht Dampf beim Lärmschutz“) ist der Niederschrift als Anlage 3 und 4 beigefügt.

5	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Es lagen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Ende des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil

6	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Es lagen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Ingo Steiner
Vorsitzender

Ursula Hillebrand
Schriftführerin